

Antrag

der Abg. Dr. Bernhard Lasotta u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

Teilnahme baden-württembergischer Verbände an einer Großdemonstration der UETD (Union of European Turkish Democrats) am 7. Juli 2013 in Düsseldorf

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche Erkenntnisse ihr über die Organisation Union of European Turkish Democrats (UETD) vorliegen;
2. inwiefern ihr bekannt ist, welche Verbindungen zwischen der UETD und politischen Organisationen mit Sitz in der Türkei oder in Deutschland oder quasi-gubernativen Organisationen (d. h. solchen, auf welche zumindest ein mittelbarer staatlicher Einfluss ausgeübt werden kann) mit Sitz in der Türkei oder in Deutschland existieren;
3. mit welchem Demonstrationszweck bzw. unter welchem Thema die Großdemonstration der UETD nach ihrer Kenntnis am 7. Juli 2013 in Düsseldorf angemeldet wurde;
4. inwiefern ihr bekannt ist, welche Inhalte anlässlich der Großdemonstration der UETD geäußert wurden und wie sie diese ggf. bewertet;
5. wer nach ihrer Kenntnis der Veranstalter bzw. Organisator der Demonstration war;
6. ob die UETD auch Unter- oder Mitgliedsorganisationen in Baden-Württemberg und/oder nach ihrer Kenntnis anderen Bundesländern hat;
7. inwiefern ihr bekannt ist, ob solche Unter- oder Mitgliedsorganisationen oder ggf. deren spezifizierbare Mitglieder aus Baden-Württemberg an der Großdemonstration der UETD am 7. Juli 2013 als Veranstalter, Organisatoren oder Teilnehmer aufgetreten sind;

Eingegangen: 15.07.2013/Ausgegeben: 14.08.2013

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

8. welche Erkenntnisse sie darüber hat, ob sonstige baden-württembergische Vereinigungen oder Verbände oder spezifizierbare Einzelpersonen an der Großdemonstration der UETD am 7. Juli 2013 in Düsseldorf teilgenommen haben;
9. welche Erkenntnisse sie darüber hat, ob vergleichbare Veranstaltungen in Baden-Württemberg geplant sind;
10. welche Veranlassungen sie als Folge der Großdemonstration der UETD am 7. Juli 2013 in Düsseldorf für geboten erachtet.

11. 07. 2013

Dr. Lasotta, Hitzler, Blenke, Rau, Rech,
Schebesta, Dr. Scheffold, Zimmermann CDU

Begründung

Am 7. Juli 2013 fand in Düsseldorf eine Großveranstaltung der UETD als Unterstützerdemonstration der türkischen Partei AKP sowie des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan statt. Nach Kommentaren auf der Internetseite „facebook“ (Stand: 9. Juli 2013) waren auf der Veranstaltung auch Teilnehmer aus der Vereinigung DITIB (Türkisch-Islamische-Union der Anstalt für Religion e. V.) anwesend.

Nach der Berichterstattung der Sendung „report München“ vom 9. Juli 2013 erscheint es dringend geboten, Klarheit über die Organisation UETD, deren Mitgliedsverbände sowie die Verbindungen dieser Organisation zu dritten, staatlichen bzw. halbstaatlichen/quasi-gubernativen Organisationen und deren Wirken innerhalb und außerhalb Baden-Württembergs zu erlangen. Dabei sind auch die Bewertung durch die Landesregierung und deren Einschätzung von erheblichem Interesse.

Der Antrag dient insbesondere dazu, differenzierte Kenntnisse zu Veranstalter- und Teilnehmerorganisation(en) sowie objektive Informationen über die bei der Großdemonstration am 7. Juli 2013 geäußerten Inhalte zu erlangen.

Da auch in Stuttgart Demonstrationen mit Bezug zu den jüngsten innenpolitischen Vorgängen in der Türkei stattgefunden haben, ist ferner zu ergründen, ob weitere Veranstaltungen in der Art der Großdemonstration vom 7. Juli 2013 auch in Baden-Württemberg geplant sind.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 8. August 2013 Nr. 4–1083/0 nimmt das Innenministerium in Abstimmung mit dem Ministerium für Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Erkenntnisse ihr über die Organisation Union of European Turkish Democrats (UETD) vorliegen;

2. *inwiefern ihr bekannt ist, welche Verbindungen zwischen der UETD und politischen Organisationen mit Sitz in der Türkei oder in Deutschland oder quasi-gubernativen Organisationen (d. h. solchen, auf welche zumindest ein mittelbarer staatlicher Einfluss ausgeübt werden kann) mit Sitz in der Türkei oder in Deutschland existieren;*
3. *mit welchem Demonstrationszweck bzw. unter welchem Thema die Großdemonstration der UETD nach ihrer Kenntnis am 7. Juli 2013 in Düsseldorf angemeldet wurde;*
4. *inwiefern ihr bekannt ist, welche Inhalte anlässlich der Großdemonstration der UETD geäußert wurden und wie sie diese ggf. bewertet;*
5. *wer nach ihrer Kenntnis der Veranstalter bzw. Organisator der Demonstration war;*
6. *ob die UETD auch Unter- oder Mitgliedsorganisationen in Baden-Württemberg und/oder nach ihrer Kenntnis anderen Bundesländern hat;*
7. *inwiefern ihr bekannt ist, ob solche Unter- oder Mitgliedsorganisationen oder ggf. deren spezifizierbare Mitglieder aus Baden-Württemberg an der Großdemonstration der UETD am 7. Juli 2013 als Veranstalter, Organisatoren oder Teilnehmer aufgetreten sind;*
8. *welche Erkenntnisse sie darüber hat, ob sonstige baden-württembergische Vereinigungen oder Verbände oder spezifizierbare Einzelpersonen an der Großdemonstration der UETD am 7. Juli 2013 in Düsseldorf teilgenommen haben;*
9. *welche Erkenntnisse sie darüber hat, ob vergleichbare Veranstaltungen in Baden-Württemberg geplant sind;*
10. *welche Veranlassungen sie als Folge der Großdemonstration der UETD am 7. Juli 2013 in Düsseldorf für geboten erachtet.*

Zu 1. bis 10.:

Die „Union of European Turkish Democrats“ (UETD) ist kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder. Sie gilt als Lobby-Organisation der türkischen Regierungspartei „Adalet ve Kalkinma Partisi“ (AKP).

Die UETD soll bereits 2004 gegründet worden sein, Hauptsitz ist Köln. Niederlassungen soll es neben Deutschland auch in Belgien, Frankreich und den Niederlanden geben. Zu den Niederlassungen im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg liegen hier keine Erkenntnisse vor.

Einzelheiten zur Veranstaltung am 7. Juli 2013 sind nicht bekannt. Maßnahmen für zukünftige Veranstaltungen sind nicht geplant.

Gall

Innenminister